Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den vorgenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften finden unberücksichtigt. - Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28814

Insertionspreis Pfg. für die 5-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Z. Zeit gilt unser Tarif und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk., für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtlicher Platzverschlag. Aufschlag ohne Rabatt. / Die Nabattsätze und Netzpreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längerer Ziel, gerichtliche Eingleichung, gemeinsame Konkurse usw. Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 42 | Freitag den 20. Februar 1920 | 79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Feintalg-Verkauf. Sonnabend den 21. Februar je 20 Gramm Nr. 1581—1770 bei Beuchel, Nr. 1771—1960 bei Bretschneider, Nr. 1961—2150 bei Jahne.

Wilsdruff, am 19. Februar 1920. 2549 **Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabt.**

Freitag den 20. Februar nachmittags von 3—5 Uhr

Fleischmarken-Ausgabe

im Gemeindeamt.

Grumbach, am 18. Februar 1920. 2571 **Der Gemeindevorstand.**

Grumbach.

Lichtgeldreste.

Bis 22. Februar 1920 sind die Lichtgeldreste auf Januar/Februar in den Vormittagsstunden an die hiesige Ortssteuereinnahme abzuführen. Nach Fristablauf erfolgt zwangsweise Beitreibung.

Kleine Anzeigen haben im „Wilsdruffer Tageblatt", das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichsfinanzminister Erzberger bezifferte die schwebende Reichsschuld für Ende März auf 204 Milliarden Mark.
* Die Mannesmann-Konzessionen in Marokko wurden vor dem internationalen Schiedsgericht in Paris für nichtig erklärt.
* Zwischen Deutschland und Rußland finden Verhandlungen statt, um die trostlose Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien zu ändern.
* Deschanel hat Mittwoch nachmittag sein Amt als Präsident der französischen Republik angetreten.
* Polen wird wahrscheinlich in der nächsten Woche die Friedensunterhandlungen mit Sowjet-Rußland beginnen.

Mehrarbeit.

Von volkswirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Die Wirtschaft muß die Politik orientieren, nicht die Politik die Wirtschaft. Der Versailler Friedensvertrag war trotz aller wirtschaftlichen Bestimmungen ein politisches Werk und zerbricht an seiner wirtschaftlichen Undurchführbarkeit. Die deutsche Novemberrevolution entsprang politischen Gründen, hatte politische Ziele, aber keine wirtschaftlich umwälzenden Ideen. Seither ist unsere Volkswirtschaft rein politisch orientiert, regiert und korrigiert worden, und einzige Rettung bleibt ihre Entpolitisierung.

Als die „Volksbeauftragten" ihre sozialpolitischen Maßnahmen diktatorisch einführten, so den Achtstundentag, das Verbot der Akkordarbeit, handelten sie als Parteipolitiker, nicht als Volkswirte. Jedem Volkswirt dünkt es Wahnsinn, die Arbeitszeit zu verkürzen oder andere Maßnahmen, die produktionshindernd wirken, durchzuführen in einer Epoche wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Während die Not der Zeit alle Welt nach Vermehrung der Gütererzeugung, nach Eindämmen der Papiergeldflut rufen läßt, tat die Regierung, zunächst rein politisch orientiert, das Gegenteil und ihre Maßnahmen hinderten die Vermehrung der Güter, damit die Preissenkung. Gewiß kamen die politischen Vorschriften für das Wirtschaftsleben zunächst einzelnen Schichten zugut. Unsere Fischer verdienten unter der falschen Preispolitik Millionen, aber verstießen gegen das sonst von der arbeitenden Bevölkerung so betonte Prinzip der Solidarität. Unsere Bergarbeiter verdienten mehr und arbeiteten weniger, und zunächst ließ der Mangel an Kohle nicht sie, sondern andere Arbeiterklassen büßen und alle Erwerbszweige stocken. Aber gerade das Beispiel Bergarbeiter zeigt, daß einseitige Klasseninteressen die Lebensfähigkeit des Gesamtwirtschaftskörpers bedrohen, um sich dann scharf und schneidend durch ihre Wirkungen gegen den schroffen Vertreter des Klassenprinzips selbst zu wenden. Diese Tatsache war natürlich in den ersten Zeiten unseres Niederganges nicht in alle Köpfe gedrungen. Erst mählich, dann aber um so überzeugender, greift die Wahrheit drosselnd an die Kehle der Klassenselbstsucht. Die Bergarbeiter hatten im Jahre 1919 weniger gearbeitet als jemals vorher. Im Ruhrkohlenbezirk waren 1919 rund 400000 Arbeiter über die Ziffer des Jahres 1918 tätig. Aber diese erhöhte Belegschaft förderte 15 % weniger Kohle als die weniger zahlreiche Bergarbeiterschaft des Jahres 1918. Jetzt erst verspüren die Bergleute die Folgen eigener Nichttaten. Sie bekommen mehr Papiergeld, aber die hauptsächlich durch Kohlenmangel bedingte Knappheit an Lebensmitteln, Kleidungsstoffen usw. hat zu derartigen Preissteigerungen geführt, daß die Bergleute jetzt ihre Löhne für wenig Tauschware fortgeben müssen.

Tritt aber diese Tatsache in die Erscheinung, dann wird der zwangsläufige Zusammenhang aller Produktionszweige auch den Arbeitermassen bewußt. Was Klassenparolen, moralisierende, bittende und beschwörende Aufrufe nicht zuwege brachten, erreicht das eherne Grundgesetz einer Volkswirtschaft: Kein lebenswichtiger Erwerbszweig kann sich vom andern isolieren, außerhalb der Volks- und Weltwirtschaft stellen. Er mag es eine Weile erreichen, besonders wenn der Erwerbsrohstoff Monopol einer Arbeiterkategorie ist (wie die Kohle oder Eisenbahn). Schließlich drängt doch die Verflechtung mit den übrigen Zweigen des Produktionsprozesses die Arbeiterschicht dazu, die Bedingungen und Erfordernisse dieses vielfältig verästelten Prozesses anzuerkennen. Mit anderen Worten: Heischt die Notlage der übrigen Erwerbszweige stärkere Kohlenförderung, vermehrte Arbeitszeit im deutschen Bergbau, dann muß unter dem Druck eigener, selbstgeschaffener Nöte in der Lebenshaltung der Bergmann endlich mehr arbeiten, um — leben zu können. Je länger er sich sträubt, um so elender wird seine eigene Lage werden.

Dieses harte Muß steht aber nicht allein über dem Bergbau. Gewiß: Kohle und Eisenbahn sind das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft. Ihre Durchgesundung ist zuerst vonnöten und die Reichsregierung hat durch Reichskanzler Bauer und den preußischen Eisenbahnminister Oeser in dieser Zeit, da der Bergmann selbst die Folgen eigener Politik zu spüren bekommt, in direkten Verhandlungen mit der Bergarbeiterschaft versucht, die unpolitischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten über politische Programme siegen zu lassen. Es ist dargelegt worden, wie eine Vermehrung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau um täglich 1½ Stunden die deutsche Volkswirtschaft wieder flott macht. Vorläufig sperren sich die Bergarbeiter noch gegen diese Erkenntnis. Aber es ist ein Trotz gegen eigene Besserstellung, ein Trotz, der bald weich werden wird unter den Hammerschlägen der fortwährenden allgemeinen Notlage.

Denn die deutsche Volkswirtschaft und die deutsche Regierung muß jetzt wieder nach dem Abirren ins politische Traumland mit der höhnisch grinsenden Wirklichkeit rechnen. Eine Nation mit 204 Milliarden Schulden, einer jährlichen Ausgabe von 35 Milliarden, einer nicht zu vermehrenden Steuerlast, einem schwimmenden Notenumlauf von mehr als 50 Milliarden ist bankrott, des Schicksals der Stadt Wien sicher, wenn sie nicht die ständig sinkende Erzeugung vermehrt, d. h. die Arbeit vermehrt, steigert.

Es wird wieder an dieser Vermehrung gearbeitet; in weiten Arbeiterkreisen erkennt man, daß nur eine kräftige, blühende, allerdings Mehrarbeit fordernde Volkswirtschaft Vorbedingung, Urgrund wohltätiger politischer Gesetze ist. Der andere Weg führt in die Wüste der Verelendung und des Hungers. Diese zwangsläufige Erkenntnis ist auf dem Marsch, und die Mehrarbeit kann allein Führerin sein über die Wüste hinaus, in der wir noch stecken, aber bereits den Weg gefunden haben, der in grünende Lande führt.

Neues Streikverbot.

Für Berlin und die Mark Brandenburg.

Namens des Oberkommandos in den Marken erläßt Reichswehrminister Noske für seinen Bezirk folgendes Streikverbot:

Alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung, Bearbeitung und Verteilung von Lebensmitteln sind als lebenswichtige Betriebe anzusehen. Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, diese Betriebe zur Stillegung zu bringen, wird gemäß § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 mit Gefängnis, Haft- oder Geldstrafe bis zu 15000 Mark bestraft, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen.

Die neue Verordnung richtet sich offenbar gegen die Streikabsichten der Gastwirte und gegen die Streikdrohungen in den Großbäckereien.

Noske über die politische Lage.

In einer Massenversammlung der Bremer Sozialdemokratischen Vereine sprach der Reichswehrminister über die politische Lage. Er rechtfertigte die scharfen Mittel des Ausnahmezustandes. Denn der Versuch muß gemacht werden, unser Land und die 60 Millionen Menschen vor dem Verderben zu bewahren, was in außergewöhnlichen Zeiten nicht ohne außergewöhnliche Mittel möglich sei. Noske schilderte dann die Ursachen der Kohlennot, die schuld an der jetzt wütenden Grippe sei. Die Durchführung der Bestrebungen der U.S.P.-Presse hätte in Deutschland Hunderttausenden von Menschen das Leben gekostet. Zur Frage der Militärverfassung übergehend, wies der Redner darauf hin, daß die Einwohnerwehren nicht bleiben könnten, da die Entente sie nicht dulde.

Er kündigte an, daß die Soldaten des neuen Heeres auf gewisse Freiheitsrechte, die die Revolution allen Arbeitern und Beamten gebracht hätte, würden verzichten müssen. Koalitionsfreiheit der Bewaffneten bedeutet, daß das ganze deutsche Volk den hunderttausend Bewaffneten überliefert wäre, und das darf nicht sein.

Zum Schlusse kam Noske auf volkswirtschaftliche Fragen zu sprechen und wies darauf hin, daß der Aufbau des Betriebsrätegesetzes in die Hand der Arbeiter gelegt sei. Viel hänge von dem Ausfall der Wahlen ab. Wenn agitatorische Gesichtspunkte dabei siegen würden, würde die Stimmung gegen das Betriebsrätegesetz steigen und die Arbeiter würden die Zeche bezahlen.

Wilsons Abmarsch.

Wie Adria als Sprengstoff für den Versailler Frieden.

Die verschiedensten Auslegungen über die Wilsonnote an die Westmächte in der Südslawen-Frage sind verbreitet worden, ohne daß bisher Klarheit über den Wortlaut erzielt wurde. Die ersten Meldungen sprachen von einem direkten Ultimatum. Wilson sollte erklärt haben, Amerika sei genötigt, seine Unterschrift unter dem Friedensvertrag zurückzuziehen, falls eine andere Entscheidung in der Adriafrage getroffen werde als die von Wilson veranlaßte, d. h. Fiume mit seinem Hinterland solle auf keinen Fall an Italien fallen. Nachher tauchten abschwächende Mitteilungen auf; jedoch ist nicht zu verkennen, daß die Sprache Wilsons zu diesem Punkt sehr deutlich gewesen sei. Das geht aus der Antwort der Entente an Wilson hervor, die besagt:

Die Verdächtigung gegen Italien, es wolle sich Fiume angliedern, sei grundlos. Die Unterschiede zwischen der von Amerika vorgeschlagenen und der von der Entente beschlossenen Lösung seien zum Teil von den Südslawen selbst gewollt, die gegen die Errichtung eines Pufferstaates seien, teils seien diese Unterschiede so unbedeutend, daß sie kaum einer Auseinandersetzung bedürften. Zum Schlusse wird daran erinnert, daß Amerika seinerzeit zugestimmt habe, 3 Millionen Deutsche in den tschecho-slowakischen Staat einzuschließen, während sich bei der Ausführung des Projektes von Lloyd George nur 80000 Slawen unter italienischer Herrschaft befinden würden.

In Italien ist die Aufregung sehr groß. Die nationalistischen Blätter schreiben erbitterte Artikel. „Corriere della Sera" gibt der Erwartung Ausdruck, daß England und Frankreich nicht bereit sein werden, sich der Laune eines einzigen Mannes zu unterwerfen. Die Festigkeit der Großmächte Europas ihm gegenüber sei von größtem Interesse für den Weltfrieden. Wenn Europa sich selbst erniedrige, werde es das Versuchsfeld eines blinden Despotismus sein, das Opfer des Ehrgeizes eines kranken kleinen Mannes, der davon träume, die Welt beherrschen zu wollen.

Politische Rundschau.

✦ **Die Antwortnote der Entente in der Auslieferungsfrage** hat das Reichskabinett bereits beschäftigt. Eine abschließende Beratung wird jedoch erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers Bauer aus dem Ruhrrevier möglich sein. Die Voruntersuchung gegen die von der Entente gemeinen Verbrechen beschuldigten Personen ist bereits seit längerem im Gange.

✦ **Besprechungen Millerands mit dem deutschen Geschäftsträger.** Nachträglich wird aus Paris gemeldet, daß anläßlich des erfolgten Besuchs des französischen Ministerpräsidenten Millerand beim deutschen Geschäftsträger Minister Dr. Mayer eine längere Unterredung über aktuelle Fragen stattgefunden hat.

✦ **Die schwebende Reichsschuld** ist vom Reichsfinanzminister Erzberger in den Besprechungen der letzten Tage im Finanzministerium für Ende März 1920 auf etwa 204 Milliarden geschätzt worden. Davon werden ungefähr 95 bis 100 Milliarden schwebende Schuld in Form von unverzinslichen Schatzanweisungen sein.

✦ **Verhandlungen über die deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien.** Mit Rücksicht auf die trostlose Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland und die ungeklärte Lage der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland hat sich die deutsche Regierung entschlossen, in Besprechungen mit dem hierzu delegierten Bevollmächtigten der Sowjetregierung, Herrn Wigdor Kopp, einzutreten.

✦ **Die Heimkehrer aus Frankreich.** Havas meldet, bis zum 13. Februar seien im ganzen 144 Gefangenentransporte nach Deutschland abgegangen. Die Transporte

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF